Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 328. Abendblatt. Mittwoch, den 17. Juli. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 16. Juli. Den Mittheilungen gegenüber, welche die Blätter über den neuen Zollvertrag bringen, ist in Erinnerung zu bringen, daß die preußische Vorlage wie sie zuerst von der „Post" veröffentlicht worden ist, natürlich durch die Konferenz noch wesentliche Abänderungen erlitten hat. Auch die Angaben der „D. A. Z." sind der Vorlage entnommen und stimmen nicht mit dem angenommenen Vertrag überein, im wenigsten die einzelnen Artikel nach ihrem Inhalt. Richtig ist die Angabe, daß der angenommene Vertrag (nicht die Vorlage) 29 Artikel enthält. Das Schlußprotokoll, von demselben Tage (8. Juli) datirt, wie der Vertrag selbst, hat noch 17 erläuternde Zusatzbestimmungen zu dem Vertrag, und vier Beilagen sub A. bis D. Artikel III. §. 3 handelt nicht allein von der Besteuerung des Salzes sondern auch der Zuckerfabrikate. Artikel VII. des Vertrages handelt nicht vom Salz, wie die „D. A. Z." angiebt, sondern von der Zollgesetzgebung, deren Faktoren und der Kompetenz letzterer. Artikel X. handelt nicht von den Organen des Zollparlaments resp. von der politischen Seite des Vertrags sondern von den Erträgen der Steuern und hat keine weiteren Paragraphen. Die politische Seite des Vertrags bildet namentlich den Inhalt der Artikel VII., VIII. und IX. — Der leidenschaftlichen, gehässigen Haltung vieler französischer Blätter gegen Preußen setzt die „Revue Contemporaine" eine sehr anständige wohlbegründete Ermahnung zu besonnener einsichtiger Erkenntniß der wahren Interessen Frankreichs entgegen. Die „R. Cont." hält den französischen Hetzblättern vor, daß Preußen nicht nur untrügliche Beweise seiner aufrichtigen Friedensliebe gegeben, sondern auch in keiner Weise weder in der schleswig-dänischen Frage noch in den Zollangelegenheiten den Rechten und Interessen anderer Staaten, am wenigsten den Interessen Frankreichs zu nahe trete. Die den zukünftigen Zoll- und Handelsverhältnissen Deutschlands von Preußen gegebenen Grundlagen, sagt die „R. Cont.", seien eine Garantie für die glänzende Entwickelung der Handelsverhältnisse, welche auch Frankreich zu Gute komme; und bei Ausführung des Art. V. des Prager Friedens die Rechte ihrer deutschen Schleswiger dauernd zu sichern, sei eine Pflicht Preußens; an dem ehrlichen Willen der preußischen Regierung zu gerechter Erledigung der schleswigschen Grenzangelegenheit zu zweifeln, sei kein Grund vorhanden. — Die Behauptung einiger Blätter, daß der preußische Gesandte v. Magnus in Mexiko nicht abberufen worden sei, ist unbegründet. Die Abberufung ist erfolgt, doch ist auch für anderweitige Vertretung Sorge getragen worden.

Dieser Berichtigung will ich gleich noch zwei andere beifügen, zunächst gegen den Frankfurter Korrespondenten der „Rhein. Ztg.", welcher den Kultus-Minister v. Mühler beschuldigt, in den neuen Landestheilen mit Feuer und Schwert alle Bewohner zur Annahme des unirten Bekenntnisses zwingen zu wollen, zweitens gegen die „Zeidl. Corr.", welche unbegründeter Weise wieder die Abberufung des preußischen Gesandten Grafen v. d. Goltz von Paris und des französischen Botschafters am hiesigen Hofe meldet. Erstere Abberufung wird im auswärtigen Ministerium mit Bestimmtheit in Abrede gestellt, und von Benedetti's Abberufung weiß eben auch nur die „Zeidl. Corr." Etwas, sonst Niemand. — Dagegen kann ich die Meldung hannoverscher Blätter bestätigen, daß die Errichtung einer General-Kommission in Hannover für landwirthschaftliche Angelegenheiten, namentlich für Ablösungssachen beschlossen ist. Die spezielle Einrichtung ist bis nach erfolgtem Einvernehmen darüber mit den hannoverschen Vertrauensmännern ausgesetzt. Der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten tritt heute eine Reise zur Orientirung über die landwirthschaftlichen Verhältnisse der neuen Landestheile an. — In Ausführung des Prager Friedensvertrags finden jetzt zwischen den Regierungen von Preußen und Oesterreich Verhandlungen über eine schlesisch-böhmische Eisenbahnverbindung einerseits von Landshut nach Schwadowitz, andererseits von Glatz nach Wildenschwert statt, die voraussichtlich zu erwünschtem Resultat führen.

Berlin, 16. Juli. Der „St.-A." bespricht in seinem nichtamtlichen Theile die Königliche Verordnung vom 5. d. M., durch welche die Verwaltung der in den neu erworbenen Landestheilen vorhandenen, zum Staatseigenthum gehörigen Aktivkapitalien-Fonds, soweit sie nicht für speziellere Verwaltungszwecke bestimmt sind, an die General-Staatskasse in Berlin überwiesen werden, was in den neuen Provinzen große Unzufriedenheit erregt hat. Das amtliche Blatt rechtfertigt diese Maßregel mit der nöthigen Staatseinheit, welche es nicht zugeben könne, daß einzelne Landestheile in Bezug auf die Betheiligung an den Staatslasten und an der Nutzung des Staatsvermögens bevorzugt seien, und meint, es würde geradezu gegen die Gerechtigkeit verstoßen, wenn das in den neuen Provinzen vorhandene Staatsvermögen oder Theile desselben diesen Provinzen als Sondervermögen ausgesetzt werden sollten, während an dem in dem älteren Staatsgebiet vorhandenen Vermögen fortan, wie alle Staatsangehörige, so auch diejenigen in den neuen Provinzen Theil haben werden.

— Dem Vernehmen nach wird am 1. November d. J. das Königliche Prediger-Seminar zu Wittenberg das Jubelfest seines 50jährigen Bestehens feiern. Der 1. November ist der Tag, an welchem im Jahre 1817 im Anschluß an das Jubiläum der Reformation und in Gegenwart des Königlichen Stifters Friedrich Wilhelm III. die ersten 25 Mitglieder des Seminars in der Schloßkirche öffentlich verpflichtet worden sind.

— Die 25. Versammlung deutscher Philologen, Schulmänner und Orientalisten wird vom 30. September bis 3. Oktober in Halle a. d. S. abgehalten werden.

— Die kirchlichen Verhältnisse der in den sächsischen Garnisonorten Leipzig, Bautzen und Königstein stehenden preußischen Truppen sind in Folge dankenswerthen Entgegenkommens der Kgl. sächsischen Behörden dahin geordnet, daß das preußische Militär an den Gottesdiensten und an den Kommunionsfeiern der Ortsgemeinden gleichen Antheil nimmt. Konfessionelle Anstände sind Seitens der evangelisch-lutherischen Geistlichen des Königreichs Sachsen nicht erhoben worden.

— Durch ministeriellen Erlaß vom 6. v. Mts. ist für das Medizinalpersonal des erweiterten Staatsgebietes auch die Befugniß zur Ausübung der freien ärztlichen Praxis erheblich erweitert worden. Die einzige ärztliche Beschränkung, welche hierin vorerst noch bestehen geblieben ist, beruht in den eigenthümlichen Verhältnissen des Herzogthums Nassau. Dort sind die Aerzte zum größten Theil angestellte und pensionsberechtigte Staatsbeamte. Sie beziehen ihre Normalbesoldung theils aus Staatsfonds, theils aus Beiträgen der Amtsbezirke, theils endlich aus dem Ertrag ihrer Praxis. Mit solchen Einrichtungen ist das in den älteren Theilen der Monarchie geltende Prinzip freier ärztlicher Praxis unvereinbar, weil freipraktizirende Aerzte bei der äußerst niederen Medizinaltaxe nur unter besonderen Verhältnissen, wie sie beispielsweise in den nassauischen Badeorten gegeben sind, konkurriren können. In Erwägung dieser Verhältnisse hat Se. Maj. der König auf Antrag des Staatsministeriums verordnet, daß die preußische Medizinaltaxe vom 21. Juni 1815 nebst den dazu ergangenen Abänderungen, Ergänzungen und Erläuterungen mit dem 1. September d. J. für das Gebiet des ehemaligen Herzogthums Nassau in Kraft treten soll. Hiermit ist der erste Schritt geschehen, die Medizinalverfassung Nassaus mit den in den älteren Landestheilen in Einklang zu setzen. Insonderheit ist damit das Hinderniß beseitigt worden, um dessen Willen Nassau einstweilen von der Anordnung wegen Ausübung der freien ärztlichen Praxis ausgeschlossen werden mußte, und steht die Erledigung des diesseits in dem Erlaß vom 6. v. M. gemachten Vorbehalts in naher Aussicht.

— (B. B.-Z.) Das „Mémorial Diplomatique" meldet (und die „Liberté" freut sich dieser Gesinnungstüchtigkeit), es erfahre aus guter Quelle, der König von Würtemberg habe „mit großer Bestimmtheit" in Paris erklärt, die Herstellung des Zollparlaments sei „die äußerste Grenze" seiner Konzessionen an Preußen. „Fortan werde Preußen auf einen absoluten Widerstand stoßen!" — Wir sind an die kecken Erfindungen der Pariser Blätter schon zu sehr gewöhnt, um einen Widerspruch gegen solche Angaben für erforderlich zu halten. Aber hätte auch der König von Würtemberg jenes Wort gesprochen: So wenig Derjenige das Bett des Stromes leert, der seine Hand auf die leise rieselnden ersten Quellen legt, so wenig würde einer der deutschen Fürsten durch verblendete Renitenz den Fortschritt zur Vereinigung Deutschlands in der jetzt eingeschlagenen Richtung aufzuhalten vermögen.

— Am 15. d. starb zu Kutzerow bei Prenzlau der Ritterschafts-Direktor und Landrath a. D., Mitglied des Herrenhauses, Herr Carl Detlof v. Winterfeld.

— In einer Disziplinarsache ist ein interessantes Erkenntniß gefällt worden. Ein Assessor, so berichtet die „Tribüne", wurde von dem zeitigen Chef der Justiz zum Kreisrichter in einer Provinzialstadt ernannt, ohne daß er vorher befragt worden war, ob er dieses Amt anzunehmen gesonnen sei. Wir bemerken hierbei, daß der Assessor sich keineswegs in politischen Angelegenheiten irgend wie hervorgethan hatte, daß seine Ernennung vielmehr erfolgte, weil er an der Reihe war. Die Versetzung in die Provinz gefiel dem neuen Kreisrichter nicht, so daß er sich weigerte, das Amt anzutreten, sich auch wirklich nicht auf seinen Posten begab, selbst, nachdem das Appellationsgericht, dem er durch seine Ernennung zum Kreisrichter untergeben war, ihn ausdrücklich aufgefordert hatte, sein neues Amt zu übernehmen. Er wurde darauf zur Disziplinaruntersuchung gezogen, in erster Instanz vor demselben Appellationsgericht, das die Aufforderung zum Eintritt in das betreffende Kreisgerichts-Kollegium an ihn erlassen hatte, jedoch freigesprochen, da der Justizminister einen Richter nicht ohne seinen Willen anstellen könne. Auf die vom Oberstaatsanwalt gegen das Erkenntniß eingelegte Berufung ist vor Kurzem vom Obertribunal ein dasselbe bestätigendes Urtheil ergangen. In den Gründen desselben wird ausgeführt, daß der Justizminister selbstverständlich jeden Richter kommissarisch hinsenden könne, wohin er wolle und es für nöthig halte, daß er ihn aber nicht gegen seinen Willen definitiv anstellen könne, da er sonst auch berechtigt sein würde, einen Richter zum Staatsanwalt oder Rechtsanwalt gegen seinen Willen zu ernennen.

— In jüngster Zeit sind mehrfach falsche österreichische Einthalerstücke, neu und von vorzüglichem Gepräge, zum Vorschein gekommen.

Danzig, 15. Juli. Wie verlautet, wird die Korvette „Hertha" (Kapitän zur See Heldt) nach London gehen, um das Panzerschiff „Kronprinz von Preußen", welches nach den noch abzuleistenden Probefahrten zur Uebergabe bereit gestellt werden wird, nach Kiel überzuführen. Ebenso ist die Korvette „Medusa" (Korvetten-Kapitän Struben) zur Ueberführung des in Toulon erbauten Panzerschiffs „Prinz Friedrich Carl" ausersehen.

Minden, 15. Juli. Am 12. d. M. starb nach längerer Krankheit in seinem 58. Lebensjahre der Prorektor und Oberlehrer am hiesigen Gymnasium Heinrich Zillmer. Mit großer Entschiedenheit und seltener Klarheit hat der Verstorbene, und zwar schon vor 1848, in Schule, Kirche und Politik eine ächt konservative Stellung eingenommen und tapfer verfochten, und in diesem Geiste, während eines mehr als dreißigjährigen Lehramtes, höchst segensreich gewirkt. Seine früheren Schüler und sonstigen auswärtigen Freunde, von denen mehrere jetzt eine hohe Stellung einnehmen, werden diesen Todesfall schmerzlich empfinden.

Hannover, 15. Juli. Königin Marie wird die Marienburg in den nächsten Tagen verlassen und ihren Wohnsitz nach Hietzing verlegen. Die Einwilligung des Königs Georg dazu ist endlich erfolgt. Dies wird jetzt auch offiziös zugegeben. Nach der „A. A. Z." wird der Aufenthalt der Königin auf der Marienburg nicht über diese Woche hinaus währen. Dazu, schreibt man dem genannten Blatte, hat das General-Gouvernement seine Zustimmung ertheilt. — Die Nachricht, daß König Georg nach Paris übersiedeln werde, wird bestritten, trug überdies den Stempel der Unwahrscheinlichkeit.

— Vorgestern ward der Hauptmann v. Stolzenberg von der vormaligen hannoverschen Armee, der im Begriff stand, von hier abzureisen, auf dem Bahnhofe angehalten und in Verwahrsam genommen. Der Dr. Lagai, der noch immer inhaftirt ist, hat ärztlichen Beistand sich erbeten, da sein Gesundheitszustand ein zerrütteter ist.

Wiesbaden, 14. Juli. Geh. Rath Wohlers hat gestern den Spielbankunternehmern, und zwar in Abwesenheit des Herrn Schwendt den Herren von Wellens und Kies, die Absichten der Königlichen Regierung in Betreff der Spielbank mitgetheilt. Dieselben gehen dahin, das Spiel noch bis zum 31. Dezember 1870 zu gestatten. Die Regierung glaubt aber, gutem Vernehmen nach, einen solchen Ausnahmezustand in Bezug auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches (§§. 266 und 267) nur dann aufrecht erhalten und dem Parlament gegenüber nur dann vertheidigen zu können, wenn derselbe im Interesse der sonst schwer beschädigten kommunalen Interessen zugestanden und eingerichtet wird. Deshalb stellt die Königliche Regierung folgende Bedingungen: Die Dividende für die fraglichen vier Jahre (für das laufende Jahr ist der Ertrag noch nicht vertheilt) wird auf 6 pCt. normirt. Von dem übrig bleibenden Reingewinn werden (im Ganzen) 800,000 Fl. als „Fonds für Kurzwecke" der Stadt zugewiesen. Der übrige Theil wird zur Amortisation der Aktien und — wenn die Mittel noch weiter reichen — zur Erhöhung der Dividende verwandt. Für den Fall, daß die Herrn Spielbankunternehmer hierauf nicht einzugehen Willens sind, ist ihnen die sofortige Aufhebung des Spieles in Aussicht gestellt, weswegen sich wohl mit einiger Sicherheit annehmen läßt, daß sie darauf eingehen. — Als Kuriosum kann ich Ihnen noch mittheilen, daß die gedachten Herren sich bereits viel weitergehenden Hoffnungen hingegeben hatten und ihrer Sache aus irgend welchen Gründen bereits so sicher zu sein glaubten, daß sie Herrn Geh.-Rath Wohlers Anfangs nicht glauben wollten und seine Instruktion in Zweifel zogen. — Heute Mitag hielt der hiesige Gemeinderath eine außerordentliche Sitzung, um über die Empfangsfeierlichkeiten zu berathen, die bei der Hierherkunft Sr. Majestät des Königs Statt finden sollen.

Ems, 15. Juli. Se. Majestät der König empfingen gestern Nachmittags, wie bereits telegraphisch gemeldet, den Besuch Sr. Majestät des Königs von Portugal, von Frankfurt a. Main kommend; heute Vormittags ist Allerhöchstderselbe wieder dorthin zurückgekehrt. — Heute Morgens hatten des Königs Majestät eine Besprechung mit dem Oberpräsidenten v. Moeller und ertheilten später einer Deputation aus Frankfurt a. M. Audienz.

Oldenburg, 14. Juli. Das „Oldenb. Tagebl." berichtet über die „günstigen Bedingungen" jetzt des Näheren, daß der zu zahlende Betrag pro Kopf anstatt auf 225 Thlr. jährlich für's Erste auf 162 Thlr. festgesetzt sei.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 12. Juli. (W.-Z.) Nach den abermaligen Auslassungen der „Meckl. Anz." über den Fortbestand der bisherigen Zollverhältnisse ist an den offiziöseren Charakter und der Auffassung der Regierung nicht mehr zu zweifeln. Von Vorbereitungen zur Parlamentswahl ist noch nichts bekannt, übrigens steht fest, daß die früheren liberalen Abgeordneten sämmtlich sichere Aussicht haben, wieder gewählt zu werden, wenn sie wegen der Diätenlosigkeit das Mandat annehmen wollen. Wie es in den beiden ritterschaftlichen Wahlkreisen steht, darüber verlautet gar nichts, die Stimmen der Regierung fordern Kandidaten, welche die Bundesverfassung als Rechtsbasis anerkennen, dabei aber im Lande alles möglichst beim Alten lassen. Geändert wird an diesem Alten mit Ausnahme der Militärverfassung nichts, ohne den Druck des Reichstags wird auch schwerlich etwas geändert werden. In diesem Punkte bildet Mecklenburg den vollsten Gegensatz gegen Sachsen; hier wird an Aenderungen im Heimaths- und Niederlassungswesen noch nicht einmal gedacht, und doch muß wenigstens die bisher geforderte Nationalisirung für die meisten Fälle aufhören; von Beseitigung des Verbots der Niederlassung der Juden in den Seestädten Wismar und Rostock ist gar keine Rede. Es wurde von einer Herabsetzung des hohen Porto's im inneren Telegraphenverkehr gesprochen, sie ist aber nicht eingetreten. Ob mit Preußen wegen der Post verhandelt wird, wie man erzählt, ist nicht zu konstatiren; träte preußischer Dienst hier ein, so würde die Verwaltung wohl vereinfacht werden. Die Publizirung der neuen Gerichtsverfassung für Schleswig-Holstein läßt uns recht die Mangelhaftigkeit unserer Zustände auf diesem Gebiete empfinden. Die nothwendige Beseitigung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit wird kaum zu hoffen sein.

Aschaffenburg, 14. Juli. Das „Fr. Journ." berichtet: Heut, am Jahrestage der Schlacht bei Aschaffenburg, wurde unter feierlicher Celebration eines Hochamtes der Grundstein zu dem Denkmale gelegt, das den in der Nähe unserer Stadt gefallenen Oesterreichern errichtet werden soll. Die Stätte des Denkmals befindet sich ungefähr eine Viertelstunde von hier, rechts von der Landstraße, die nach Laufach führt, dort, wo die Fasanerie dicht an die Straße heranrückt. Ein Chorknabe, der den Kruzifixus trug, Mönche und Geistliche eröffneten den Zug. Sehr stark war das bayerische Offizierkorps vertreten; als die Helden des Tages aber betrachte man begreiflicher Weise die anwesenden Repräsentanten der österreichischen Armee, eine Anzahl zum Theil hoher

Offiziere in glänzender Uniform. Die Bedeutung des Festes möchte übrigens vorzugsweise in der massenhaften Theilnahme der Bevölkerung liegen. Die vorherrschende Stimmung war der Schmerz über den Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland. Auch der Geistliche, welcher die Weiherede hielt, legte auf diese Klage sein vorzüglichstes Gewicht, und wenn wir die Stimmung der Bevölkerung richtig bezeichnen wollen, so müssen wir allermindestens dies Eine zugeben: preußenfeindlich war sie nicht.

München, 13. Juli. Wie die „Bair. Z." vernimmt, beabsichtigt Se. Majestät der König im Verlauf der nächsten Woche wirklich nach Paris zu gehen. Es wäre an dieser Reise nichts Außerordentliches, wenn sie nicht seit Wochen das Objekt vielfacher Bemühungen dafür und dagegen gewesen wäre; so aber gewinnt der Königliche Entschluß allerdings eine gewisse Bedeutung, die in den betreffenden Kreisen allein richtig gewürdigt werden kann. Manche Hoffnungen und Befürchtungen werden sich an diese Reise knüpfen, an welcher dem französischen Hofe ungewöhnlich viel gelegen zu sein scheint. Der neue französische Gesandte de Cadore dürfte es sich vorzugsweise zum Verdienste anrechnen können, den jugendlichen König von Baiern veranlaßt zu haben, zum ersten Male als König außerbaierischen Boden zu betreten. Man bemerkt seit neuester Zeit eine erhöhte diplomatische Thätigkeit und glaubt daraus schließen zu sollen, daß die gegenwärtige politische Windstille nur eine partielle sei.

Ausland.

Wien, 14. Juli. (Nordd. Allg. Ztg.) Die gestrige Reichsrathssitzung war hauptsächlich dadurch interessant, daß Hr. v. Becke, unser provisorische Finanz-Minister, in derselben ein ausführliches Exposé des gegenwärtigen Zustandes unserer Reichsfinanzen zum Besten gegeben hat. Der ministerielle Vortrag ist so umfangreich, daß ich mich auch auf eine nur auszugsweise Reproduktion desselben nicht einlassen kann; nur soviel bin ich in der Lage mitzutheilen, daß die Eröffnungen des Hrn. von Becke allgemein einen sehr niederschlagenden Eindruck hervorgebracht haben. Man erkennt zwar gerne an, daß der Herr Finanz-Minister sehr aufrichtig gewesen ist und keine Schönfärbereien angebracht hat, aber mit Offenherzigkeit allein wird der Krebsschaden des Defizits nicht geheilt, und die Hoffnungen, welche Herr v. Becke auf die Besserung unserer Finanzlage ausgesprochen hat, sind noch lange kein wirksames Gegenmittel gegen den Staatsbankerott. Was am meisten entmuthigt, ist gerade der Umstand, daß in dem ministeriellen Bericht keine einzige positive Quelle genannt ist, mit deren Hilfe den Finanzkalamitäten abgeholfen werden soll; aber man kann Herrn von Becke für diese Unterlassung nicht verantwortlich machen, da wahrscheinlich kein anderer Mensch tröstlichere Auskunft hätte geben können. Die Verhandlungen im Parlamente zu Florenz könnten zwar einen Fingerzeig geben, wo allenfalls eine recht ausgiebige Hilfe zu finden wäre, aber so weit ist man bei uns nicht, und ich glaube, daß man eher den Staat in Trümmern fallen ließe, ehe man an die Güter der Kirche Hand anlegen würde.

Welche Scheu, den Klerus herauszufordern, in allen Schichten unserer Gesellschaft wohnt, und wie selbst die angeblich vorgeschrittensten Köpfe sich derer nicht erwehren können, zeigt ja die Thatsache, daß Herrn v. Mühlfeld's antikonkordatlichem Religionsgesetze bereits ein vermittelnder Nebenbuhler am Fuße gefolgt ist, und daß dieser letztere nicht etwa von Bischof Feßler oder vom Pater Greuter, sondern von Dr. Herbst herrührt. Dem Wortführer des Majoritätsklubs stiegen Bedenklichkeiten auf, ob die Annahme des Mühlfeldschen Antrags durch das Abgeordnetenhaus nicht am Ende das Kind mit dem Bade verschütten, und die Klerikalen zu einem so entschiedenen Widerstand entflammen würde, daß der Reichsrath selbst, wie die ganze neue Aera dadurch bedroht werden könnte; er nahm deshalb einen früheren Antrag auf „theilweise" Regelung der konfessionellen Verhältnisse wieder auf und begründete denselben gestern in längerer Rede. Das Haus hat auch für diesen Antrag eine Kommission eingesetzt, und wird für die gegenwärtige Session sich an der „theilweisen" Regelung wohl genügen lassen.

Paris, 14. Juli. In seinem nichtamtlichen Theile meldet der „Moniteur", daß gestern Nachmittag um $1\frac{1}{2}$ Uhr der Prinz von Oranien in den Tuilerien seinen Abschiedsbesuch gemacht hat. Um 2 Uhr haben der Kaiser und die Kaiserin den am Abend zuvor angekommenen König Ludwig I. von Baiern, Großvater des regierenden Königs, der unter dem Namen eines Grafen von Spessart sich hier aufhält, im Tuilerienpalast empfangen.

— Im gesetzgebenden Körper interpellirte gestern Herr von Tillancourt die Regierung wegen der Lotterieen, die sie zu wohlthätigen Zwecken autorisire, und findet, daß sie besser daran thun würde, eine jede derartige Autorisation zu verweigern, da durch die Aussicht auf solche Gewinne die Gemüther der Bevölkerung vergiftet würden. Die Lotterieen, wie auch das Hazardspiel sind in Frankreich bekanntlich seit 1849 verboten; nur hat die Regierung die Befugniß, Lotterieen, die Wohlthätigkeitszwecke rc. verfolgen, zu autorisiren. So gestattete sie auch u. A. Lamartine, zu seinen Gunsten eine solche Lotterie zu errichten. Seit 1852 hatte man übrigens eine große Anzahl solcher Lotterieen autorisirt, und man ging sogar längere Zeit mit dem Gedanken um, die Hazardspiele unter gewissen Bedingungen wieder zu gestatten. Später kam man von diesem Projekt jedoch zurück, und wie aus den Erklärungen des Generalsekretärs des Ministers des Innern hervorgeht, ist die Regierung in der letzten Zeit auch mit der Autorisation der Lotterieen sehr wenig freigebig gewesen. Er sagt nämlich, daß die Regierung seit 1865 nur zwei Lotterieen ermächtigt habe, während im genannten Jahre die betreffenden Gesuche 100 Millionen, im Jahre 1866 50 und die der ersten sechs Monate mehr als eine Milliarde repräsentirt hätten.

London, 14. Juli. Die Klage der Schneidermeister gegen den Präsidenten und Sekretär der Union der Gesellen, so wie des Strike-Comité's und einige der Posten, welche das Letztere ausgestellt hatte, wegen Konspiration und Einschüchterung war, wie wir seiner Zeit gemeldet, den Assisen zugewiesen worden und sollte in den letzten Tagen vor denselben zur Verhandlung kommen. Die Angeklagten führten einen Stab von vier Advokaten ins Treffen, als sie zum angesetzten Termine sich einstellten, sobald indessen die Prozedur beginnen sollte, erklärte einer derselben, er habe die Prozeßakten nicht zu rechter Zeit von seinen Klienten erhalten, um sich hinreichend über den Sachbestand informiren zu können, die übrigen sagten Einer nach dem Andern dasselbe und sämmtliche Vertreter einigten sich in dem Antrage an das Gericht, die Sache zu vertagen. Da in Folge einer Vertagung die Verhandlung erst bei der nächsten Session der Assisen stattfinden konnte, so widersetzte sich dem die klagbare Partei entschieden und sämmtliche Advokaten der Angeklagten traten ab, das Gericht machte nichtsdestoweniger Anstalten, die Sache abzuwickeln, als einer der Rechtsbeistände zurückkehrte und nun einen Kompromiß mit der andern Partei anzubahnen suchte. Letztere erklärte sich nur dann bereit in eine Vertagung zu willigen, wenn in der Zwischenzeit die Posten der Union eingezogen würden. Nach langem Sträuben ließ sich der Gegenadvokat endlich bereit finden, für seine Klienten dieses Zugeständniß zu machen. Die Posten wurden auf einen Tag eingezogen, die Sache vertagt, dann aber trat die Union zusammen, sprach den Beamten, die unter einer gerichtlichen Entscheidung stehen, das Recht ab, Verbindlichkeiten einzugehen, nahm eine Neuwahl vor und die neuen Vorsteher organisiren den Wachtdienst gegen die Meister wie vorher.

Italien. Nach französischen Korrespondenzen aus Rom ist die Antibesche Legion (aus Franzosen bestehend) durch zahlreiche Desertionen von 1800 auf 900 Mann zusammengeschmolzen.

Pommern.

Stettin, 17. Juli. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in der Sitzung vom 2. d. Mts. bekanntlich beschlossen, das Recht zur Aufstellung von Anschlagssäulen auf städtischem Grund und Boden meistbietend zu vergeben. Gestern nun wurde auf den Antrag des Herrn Thiessen jener Beschluß wieder aufgehoben, indem die Versammlung die Ansicht adoptirte, daß zur Aufstellung derartiger Säulen überhaupt kein Bedürfniß vorliege und sollte darauf im Widerspruche mit dem früheren Beschlusse an den Magistrat das Ersuchen gerichtet werden, für die Beseitigung der bisher aufgestellten Säulen Sorge zu tragen. — In der nichtöffentlichen Sitzung wurde der Kommissions-Bericht über die zu der bevorstehenden Wahl eines besoldeten Stadtraths eingegangenen Bewerbungen erstattet. Die Versammlung einigte sich dahin, von den 11 Bewerbern fünf auf die engere Wahl zu setzen, und zwar: den Branddirektor Bock von hier, den Kreisrichter Meibauer aus Schivelbein, den Bürgermeister Kampfmeyer aus Rügenwalde, den Bürgermeister Joseph aus Thorn und den Syndikus Prüfer aus Landsberg a./W. — Die Wahl wird vermuthlich schon in nächster Sitzung stattfinden.

— Ein Bescheid des Kultusministers vom 21. März d. J. bestimmt, daß die Frage in Betreff der Beitragspflicht der Lehrer zu kirchlichen Auflagen in jedem einzelnen Falle zu erörtern und für die Entscheidung zunächst das in der Parochie bestehende Vorkommen maßgebend ist. Wo jedoch ein festes Herkommen sich noch nicht gebildet hat, soll der landrechtliche Grundsatz, nach welchem die Elementarschullehrer in Betreff ihres dotationsmäßigen Einkommens von der Entrichtung kirchlicher Steuern befreit sind, zur Geltung kommen.

— Die Fontaine auf dem Roßmarkt ist bereits mit einem geschmackvollen eisernen Gitter aus der Hoffmannschen Fabrik in Prenzlau umgeben. Es wird jetzt der Raum zwischen Fontaine und Gitter mit Gartenerde ausgefüllt, auf welchem demnächst Grassamen angesäet werden soll, um einen guten Rasen zu erzielen. Die übrigen in Aussicht genommenen Anpflanzungen werden erst im Herbst erfolgen.

— Der zur Zeit bei der hiesigen Königlichen Staatsanwaltschaft beschäftigte Gerichts-Assessor Zacharias ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Anklam, mit Ausübung der Funktion bei der Gerichts-Deputation in Pasewalk unter Anweisung seines Wohnsitzes daselbst ernannt. Derselbe wird diese Stellung mit dem 1. September antreten.

— Der Direktor des Pädagogiums in Ostrowo bei Filehne, eine Vorbereitungsanstalt für Offizier-Eleven, Dr. Behelm-Schwarzbach, hat dem Kriegs-Ministerium gegenüber den Wunsch geäußert, einige in den letzten Kriegen invalide gewordene Offiziere, unverheirathet, welche Neigung zur Beaufsichtigung und theilweisen Information je einer kleinen Abtheilung von Eleven haben, in jener Anstalt zu placiren. Mit solcher Stellung ist neben freier Station (Wohnung, Essen, Bedienung, Heizung und Erleuchtung) ein jährliches Gehalt von 2—300 Thlr. verbunden. Invalide Offiziere, welche hierauf reflektiren, sind aufgefordert worden, ihre bezüglichen Anträge bei der Abtheilung für das Invalidenwesen im Königl. Kriegs-Ministerium einzureichen.

Kreis Franzburg, 15. Juli. Unter dem Haufen der zwölf alten, mit Stroh gedeckten, eng aneinander gebauten und zu einer Menge kleiner Miethswohnungen eingerichteten Häuser auf dem s. g. Kirchhofe in Papenhagen kam gestern am hellen Nachmittage im Knack'schen Wohnhause Feuer aus. Obgleich Sonntags Alles zu Hause und zur Stelle war und ungeachtet der schnellen Spritzenhülfe aus dem nahen Richtenberg und Franzburg, griff der Brand im Augenblicke von Dach zu Dach so heftig um sich, daß er unaufhaltsam in kurzer Zeit sämmtliche zwölf Gebäude in Asche legte und auch noch zu dem nicht entfernten neuen Schulhause überspringend, dieses zum Theil und dessen Stallgebäude völlig mit niederbrannte, während dem weitern Umsichgreifen nur mit Mühe gesteuert wurde. Etwa 40 Familien sind dadurch obdachlos geworden und haben zum großen Theile ihre Habe, bis auf wenige Ausnahmen unversichert, verloren. Eine Frau, welche davon noch retten wollte, entkam beschädigt und mit Noth den zusammenstürzenden Trümmern, während das hinter ihr folgende fünfjährige Kind alsogleich darunter begraben wurde.

Vermischtes.

Aus Potsdam wird Folgendes gemeldet: Am letztvergangenen Freitag verließ der Schlächtermeister Jakob Schmidt aus Potsdam Nachmittags um 3 Uhr mit einem Einspänner-Fuhrwerk seine Wohnung, um auf dem Lande Vieh einzukaufen, zu welchem Behufe er 30 bis 40 Thlr. bei sich geführt haben soll. Derselbe ist nicht wieder nach Hause zurückgekehrt, obgleich er gegen 9 Uhr Abends am genannten Tage bei dem Dorfe Fahrlandt, welches eine Meile von Potsdam entfernt liegt, in der Richtung nach dieser Stadt zufahrend gesehen ist. Eine Stunde später ist sein Pferd mit dem Wagen ohne Führer in dem zwischen Fahrlandt und Potsdam belegenen Dorfe Nedlitz angehalten worden. Bei näherer Besichtigung des Fuhrwerks am folgenden Morgen fanden sich auf dem Wagen zahlreiche frische Blutspuren, die nicht von Vieh herrühren konnten, da solches gar nicht darauf gelegen hatte. Es ist sonach mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß an der Person des Schmidt zwischen den Dörfern Fahrlandt und Nedlitz ein Verbrechen begangen worden. Die zu seiner Auffindung sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen sind bis jetzt ohne Resultat geblieben, auch haben sich weder auf dem Wege zwischen den beiden genannten Dörfern, noch in dessen näherer oder weiterer Umgebung irgend welche Blutspuren oder Merkmale eines etwa stattgefundenen Kampfes entdecken lassen. Charakteristisch ist es übrigens, daß sämmtliche an dem Wagen befindlichen Blutspuren nur an dessen rechter Seite vorhanden waren, so daß die Vermuthung entsteht, Schmidt sei von dieser Seite her, auf der er wahrscheinlich gesessen, überfallen worden. Sollte er wirklich das Opfer eines Raubmordes geworden sein, was wohl kaum zu bezweifeln ist, so wäre sein Schicksal besonders beklagenswerth, denn er war ein sehr ordentlicher und strebsamer junger Mann, der sich erst vor 3 Monaten etablirt und verheirathet hat.

— Die Wiener „Presse" vom 5. Juli erzählt: Heute ereignete sich der drollige Fall, daß eine des Diebstahls angeklagte Magd in den Saal trat und dem Vorsitzenden ein von heute datirtes ärztliches Zeugniß übergab, in welchem bestätigt wurde, daß sie an einer Rippenfellentzündung leide und das Bett nicht verlassen könne. Man denke sich die Gesichter der Richter, als die blühend aussehende Magd dieses Zeugniß überreichte. Die Dirne hatte gemeint, es sei am besten, wenn sie mit dem Zeugnisse selbst erscheine. Es wird nunmehr gegen den gewissenhaften ärztlichen Aussteller des Zeugnisses eine Untersuchung eingeleitet werden.

Neueste Nachrichten.

Wien, 16. Juli, Abends. Das Unterhaus sprach sich nach mehrstündiger Debatte mit 79 gegen 56 Stimmen gegen die prinzipielle Abschaffung der Todesstrafe aus.

Paris, 16. Juli, Mittags. Der „Armee-Moniteur" veröffentlicht heute ein in Folge Berichtes des Kriegsministers Niel erlassenes Dekret des Kaisers vom 13. Mai, wodurch bei der Artillerie 25 Batterieen, die im Jahre 1865 eingegangen waren, wieder errichtet werden.

Petersburg, 16. Juli. Die Nicolai-Eisenbahn ist, wie die „Börsen-Zeitung" meldet, an das amerikanische Haus Wynans verkauft worden. Die Kaufsumme soll in drei Raten bezahlt werden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 16. Juli, Vormittags. Angekommene Schiffe: Maria, Behlow; Wilhelm, Stein von Rügenwalde. Agnes, Darmer von Petersburg. Baron Hambro (SD), Kelsey von Hull. Wind: S. Strom ausgehend. Revier 15 F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. Juli. Witterung: veränderlich. Wind: S. Temperatur + 16 ° R.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 91 bis 94 Rt., feiner 96—98 Rt., geringer 86—90 Rt. bez., 85pfd. gelber Juli 96 Rt. bez. u. Gd., Juli-August 95 Rt. bez., Br. u. Gd., Septbr. Oktbr. $80\frac{1}{4}$, $\frac{3}{4}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez. u. Gd.

Roggen höher bezahlt, loco pr. 2000 Pfd. 60—$67\frac{1}{2}$ Rt. bez., russ. $63\frac{1}{2}$, 64 Rt. bez., Juli $65\frac{1}{2}$, 66 Rt. bez., Juli-August 59, 60 Rt. bez., September-Oktober 55, $56\frac{3}{4}$ Rt. bez., Oktober-November $52\frac{1}{2}$ Rt. Gd., 53 Rt. bez.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., Juli-August u. August-September $11\frac{7}{12}$ Rt. Br., September-Oktober $11\frac{2}{3}$ Rt. Br., $11\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Spiritus fester, loco ohne Faß $20\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$ Rt. bez., Juli und Juli-August 20, $20\frac{1}{12}$ Rt. bez., Aug.-Sept. $20\frac{1}{6}$ Rt. Br., Sept.-Okt. $19\frac{5}{6}$, $\frac{1}{3}$ Gd., Oktober-November $17\frac{1}{4}$, $\frac{1}{3}$ Rt. bez., Frühjahr $17\frac{7}{12}$ Rt. bez.

Landmarkt.

Weizen 90—97 Rt., Roggen 64—68 Rt., Gerste 44—48 Rt., Erbsen 62—68 Rt. per 25 Schffl., Hafer 34—37 Rt. per 26 Schffl., Winterrübsen 74—80 Rt., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15 bis 25 Sgr.

Berlin, 17. Juli, 1 Uhr 59 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{7}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $98\frac{1}{8}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 139 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 95 bez. Oesterr. Nat.-Anleihe 56 Br. Pomm. Pfandbriefe $89\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $191\frac{1}{2}$ bez. Amerikaner 6% $77\frac{1}{2}$ bez

Roggen Juli $63\frac{3}{4}$ bez., $65\frac{3}{4}$ Br., Juli-August $58\frac{7}{8}$, $58\frac{3}{8}$ bez., Septbr.-Oktober 56 bez., $55\frac{1}{2}$ Br. Rüböl loco $11\frac{7}{8}$ Br., Juli $11\frac{5}{6}$, August-September $11\frac{3}{4}$ bez, Sept.-Okt. $11\frac{3}{4}$, $\frac{19}{24}$ bez. Spiritus loco $21\frac{1}{6}$ bez., Juli-August $20\frac{2}{3}$ bez., $\frac{5}{12}$ Br., August-Septbr. $20\frac{3}{8}$, $\frac{5}{12}$ bez., September-Oktober $19\frac{7}{8}$, 20 bez.

Hamburg, 16. Juli. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco sehr fest Weizen auf Termine steigend, per Juli 5400 Pfd. netto 161 Bankothaler Br., 160 Gd., pr. Juli-August 152 Br., 151 Gd., pr. August-September 141 Br., $140\frac{1}{2}$ Gd., per Herbst 134 Br., 133 Gd. Roggen pr. Juli 5000 Pfd. Brutto 113 Br., $112\frac{1}{2}$ Gd., pr. Juli-August 105 Br., $104\frac{1}{2}$ Gd., pr. August-September 98 Br., 97 Gd., pr. Herbst 94 Br., 93 Gd. Hafer ruhig. Spiritus fest, $29\frac{1}{2}$. Oel fest, loco 25, per Oktober $25\frac{1}{8}$. Kaffee und Zink völlig leblos. — Regenwetter.

Amsterdam, 16. Juli. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen loco fest. Roggen loco fest, auf Termine $2\frac{1}{2}$ Fl. höher.

Stettin, den 17. Juli.

Hamburg	6 Tag.	151 bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	$150\frac{5}{8}$ bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{1}{4}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 $24\frac{1}{2}$ bz	St. Strom-V.-A.	4	—
"	3 Mt.	6 $23\frac{1}{4}$ B	Pr. National-V.-A.	4	$112\frac{1}{2}$ B
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{4}$ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
"	2 Mt.	$80\frac{11}{12}$ B	Pomerania	4	111 G
Bremen	3 Mt.	—	Union	4	$102\frac{1}{4}$ G
St. Petersbg.	3 Wch.	—	St. Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
"	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	N. St. Zuckersied.	4	—
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
" "	5	$103\frac{3}{4}$ B	Bredower "	4	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	Walzmühle	5	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
" "	4	$89\frac{1}{2}$ B	St. Dampfschiff-V.	5	—
" Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C.	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan	4	82 B
" Prior.	4	—	St. Dampfmühle	4	100 B
" "	$4\frac{1}{2}$	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
" Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	—	Gemeinn. Bauges.	5	—